
„Bundesland Waldorfschule“ fordert Chancengleichheit

28.04.2014, 16:48 | Wissenschaft, Forschung, Bildung

Pressemitteilung von: *Bund der Freien Waldorfschulen e.V.*



Protestaktion wegen Zuschussfrage 2013 in Kiel

Wiesbaden/Hamburg/Stuttgart, 28. April 2014, CU/CMS. Die neuesten Zahlen der Bundesbehörde Destatis zur Entwicklung des Schulwesens in Deutschland zeigen die Waldorfschulen im stetigen Aufwärtstrend in den letzten zehn Jahren: um 22 Prozent ist die Zahl der Schulen gestiegen. Dieser Trend ist auch langfristig belegbar: seit dem Schuljahr 1992/93 erhöhte sich die Schülerzahl der Waldorfschulen in Deutschland von 56.121 auf 82.063 im Schuljahr 2012/13.

„Inzwischen entspricht die Zahl der Waldorfschüler fast der Schülerzahl eines ganzen Bundeslandes wie z.B. Hamburg mit seinen rund 89.000 Schülern“ betont dazu Henning Kullak-Ublick, Vorstandsmitglied des Bundes der Freien Waldorfschulen (BdFWS). „Angesichts insgesamt zurückgehender Schülerzahlen zeigt dieser stetige Anstieg, dass immer mehr Eltern eine Wahl haben wollen und auch treffen. Dieser Paradigmenwechsel muss sich endlich in der Bildungspolitik niederschlagen.“

Die freien Schulen dürften nicht länger durch zu geringe öffentliche Zuschüsse in eine private Ecke abgeschoben werden, sondern müssten als Teil des öffentlichen Schulwesens eine angemessene finanzielle Absicherung erfahren. „Nur so können die Eltern auch wirklich von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen“, bekräftigt Kullak-Ublick. In seinen „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“ fordert der BdFWS unter anderem eine echte Chancengleichheit unabhängig von der Finanzkraft der Elternhäuser.

Die Entwicklung der Waldorfschulen zeigt aus der Sicht des BdFWS auch, dass ihr pädagogisches Konzept nach mehr als 90 Jahren nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat. Mit einem klaren Schwerpunkt auf der Förderung jedes einzelnen Kindes biete es all jenen Eltern eine Alternative, die ihre Kinder nicht dem Druck einer zu frühen Selektion aussetzen wollen. In den „7 Kernforderungen“ fordert der BdFWS, das Recht auf selektionsfreie Bildung im deutschen Grundgesetz zu verankern. Das Recht auf Bildung umfasst demnach kulturelle und musische Angebote, ein Bildungswesen, das mehr als ein Prüfungs- und Berechtigungswesen ist sowie das Recht auf die Entfaltung der Persönlichkeit.

Der BdFWS weist außerdem darauf hin, dass das Wachstum der Waldorfschulen einen stetig steigenden Lehrerberuf nach sich zieht. Derzeit sind an Waldorfschulen jährlich ca. 600 Lehrerstellen neu zu besetzen. „Wir wünschen uns, dass

immer mehr junge Leute den Beruf des Waldorflehrers als sinnvolle Zukunftsperspektive für sich entdecken“, betont Kullak-Ublick. Jüngste Forschungsergebnisse zeigen, dass die Waldorflehrer zufriedener mit ihrem Berufsalltag sind als die Lehrer an staatlichen Regelschulen. Dabei spielt vor allem die Gestaltungsfreiheit eine Rolle, wie in Befragungsergebnissen deutlich wurde sowie der Schwerpunkt der Waldorfschulen bei der individuellen Förderung der Kinder.

Bund der Freien Waldorfschulen e.V. ?

Die derzeit 232 deutschen Waldorfschulen haben sich zum Bund der Freien Waldorfschulen e.V. mit Sitz in Stuttgart zusammengeschlossen, wo 1919 die erste Waldorfschule eröffnet wurde. Die föderative Vereinigung lässt die Autonomie der einzelnen Waldorfschule unangetastet, nimmt aber gemeinsame Aufgaben und Interessen wahr.

Portrait

Bund der Freien Waldorfschulen e.V. ?

Die derzeit 232 deutschen Waldorfschulen haben sich zum Bund der Freien Waldorfschulen e.V. mit Sitz in Stuttgart zusammengeschlossen, wo 1919 die erste Waldorfschule eröffnet wurde. Die föderative Vereinigung lässt die Autonomie der einzelnen Waldorfschule unangetastet, nimmt aber gemeinsame Aufgaben und Interessen wahr.

News-ID: 791888 • Views: 1097 (Stand: 11.08.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/791888/Bundesland-Waldorfschule-fordert-Chancengleichheit.html>